



Niederschrift

19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen

| | |
|------------------------|----------------------|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 24.11.2009 |
| Sitzungsbeginn: | 18:05 Uhr |
| Sitzungsende: | 22:20 Uhr |
| Ort, Raum: | Stadthaus, R. 280 a |

Anwesend sind:

| | | |
|--|-----------------------|-----------------|
| Herr Jäkel, Ralf | DIE LINKE | |
| Herr Kutzmutz, Rolf | DIE LINKE | Sitzungsleitung |
| Herr Kümmel, Harald | SPD | |
| Herr Dr. Seidel, Christian | SPD | |
| Herr Cornelius, Wolfgang | CDU/ANW | |
| Frau Hüneke, Saskia | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Herr Teuteberg, Björn | FDP/Familienpartei | |
| Herr Dr. Jacob, Timo | DIE LINKE | |
| Herr Kühnemann, Dirk | | |
| Herr Pfrogner, Steffen | DIE LINKE | |
| Herr Schütt, Wolfgang | CDU/ANW | |
| Frau Wendeler, Alexandra | | |
| Herr Wiggert, Rudi | SPD | |
| Herr Klipp, Matthias | Beigeordneter | |
| Herr Goetzmann, Andreas i.V. GB Stadtentwicklung und Bauen | | |

Nicht anwesend sind:

| | | |
|------------------------|-------------------|----------------|
| Frau Tack, Anita | DIE LINKE | entschuldigt |
| Herr Potthast, Norbert | SPD | nicht anwesend |
| Frau Seidel, Stephanie | Behindertenbeirat | entschuldigt |

Gäste:

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung)
Herr Böttche (Bereich Wohnen)
Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung)
Frau Woiwode (Arbeitsgruppe Straßenplanung und Entwurf)
Herr Kärsten (Archiv e.V. zum TOP 3.6)
Frau Fienhold Sheen (Anwohner Mangerstraße zum TOP 4.1, BE Straßenbau)
Frau Schenke (NCC Deutschland GmbH, zum TOP 4.5, „Nutehwinkel“)
Herr Müller-Zinsius (Pro Potsdam)
Herr Klemund (Luftschiffhafen Potsdam GmbH)

Niederschrift:

Herr Walter (FB Stadterneuerung und Denkmalpflege)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 10.11.2009
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn" Aufstellungsbeschluss (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0549
FB Stadtplanung und Bauordnung
Rücküberweisung
 - 3.2 Bebauungsplan Nr. 35-1 "Nördliche Berliner Vorstadt", Teilbereiche Leonardo-da-Vinci-Straße und Schwanenallee 3, Satzungsbeschluss zur ersten Änderung (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0851
FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 3.3 Reserven für Bauflächen
Vorlage: 09/SVV/0953
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP/FP
 - 3.4 Ökologischer Mietspiegel
Vorlage: 09/SVV/0956
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.5 Sanierung Ribbeckeck
Vorlage: 09/SVV/0957
Fraktion FDP/Familien-Partei
Werksausschuss KIS
 - 3.6 Planungsrechtliche Einordnung Archiv
Vorlage: 09/SVV/0959
Fraktion DIE LINKE
 - 3.7 Wettbewerbe für Planungen und Bauvorhaben in der Auftraggeberschaft der Landeshauptstadt Potsdam (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0746
Fraktion DIE LINKE
 - 3.8 Baustandards (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0680
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.9 Spielplätze in Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0723
Fraktion FDP/Familien-Partei
- 4 **Mitteilungen der Verwaltung**
 - 4.1 BE Straßenbau Konjunkturprogramm II Mangerstraße und Charlottenstraße (entsprechend Bitte aus dem SB-Ausschuss 27.10.2009)
FB Grün- und Verkehrsflächen

- 4.2 Leitbauten Potsdamer Mitte - Informationen zu den 4 Teilprojekten
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.3 Verkehrsverhältnisse Brauhausberg und Leipziger Straße - 3. Berichterstattung gemäß
Beschluss STVV 08/SVV/0921
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.4 Vorstellung der Abstimmungsergebnisse zum Funktionsgebäude Weiße Flotte gem.
Beschluss STVV 09/SVV/0744
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.5 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 29.10.2009 bis
11.11.2009 und ggf. Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom 10.11.2009.
- 4.6 Bericht zum Stand der Umsetzung des Städtebaulichen Wettbewerbs "Nuthewinkel" im
Rahmen des Verfahrens zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 "Horstweg Süd"
(entsprechend Zusage aus dem SB-Ausschuss 27.10.2009)
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.7 BE Radwegführung am Neuen Garten (vor dem Mittelabschnitt des "Treffpunkt Freizeit")
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.8 Vorstellung des Gesamtprojektes Luftschiffhafen (entspr. Bitte aus dem SB-Ausschuss
27.10.2009)
PRO Potsdam
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kutzmutz, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 10.11.2009 Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Das Protokoll der 18. Sitzung vom 10.11.09 liegt den Ausschussmitgliedern vor.
Einwendungen erfolgen nicht. Der SB-Ausschuss bestätigt das Protokoll der
18. Sitzung mit 7/0/0.

Der Entwurf der Tagesordnung liegt vor.

Frau Hüneke bittet, den TOP 3.8 (Baustandards) auf die nächste Ausschusssit-
zung am 15.12.2009 zu vertagen.
Gleiches bittet Herr Klipp für den TOP 4.2 (Leitbauten Potsdamer Mitte).

Der Vorsitzende informiert über folgende vorliegende Anträge auf Rederecht:

TOP 3.6 - Planungsrechtliche Einordnung Archiv, DS 09/SVV/0959, Herr Kärsten (Archiv e.V.).

TOP 4.1 - BE Straßenbau Konjunkturprogramm II, Frau Fienhold Sheen (Bewohner Mangerstraße).

TOP 4.6 - "Nuthewinkel", Frau Schenke (NCC Deutschland GmbH).

Gegen die Gewährung der Rederechte erhebt niemand Einspruch.

Die so ergänzte Tagesordnung wird bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn" Aufstellungsbeschluss (Wiedervorlage) Vorlage: 09/SVV/0549

Herr Goetzmann erläutert kurz den Grund der Rücküberweisung, die Option Tennisanlage zu prüfen.

Die Abstimmung mit dem Tennisverein sei inzwischen erfolgt. Die Abstimmung mit den Grundstückseigentümern stehe noch aus. Daher schlägt Herr Goetzmann vor, den Vorgang zunächst auf die Ausschusssitzung am 15.12.2009 zu vertagen.

Der Vorgang wird auf die nächste Ausschusssitzung am 15.12.2009 vertagt.

zu 3.2 FB Stadtplanung und Bauordnung Rücküberweisung Bebauungsplan Nr. 35-1 "Nördliche Berliner Vorstadt", Teilbereiche Leonardo-da-Vinci-Straße und Schwanenallee 3, Satzungsbeschluss zur ersten Änderung (Wiedervorlage) Vorlage: 09/SVV/0851

FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Holtkamp weist auf die Austauschunterlagen hin, welche vorliegen und vor Sitzungsbeginn auch an die sachkundigen Einwohner ausgereicht wurden. Sie erläutert kurz die Änderungen in der Vorlage und den Anlass der Rücküberweisung. Sie bittet um Beschlussfassung der Vorlage in der geänderten Fassung.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen der Öffent-

lichkeit zur ersten Änderung des Bebauungsplans Nr. 35-1 „Nördliche Berliner Vorstadt“, Teilbereiche Leonardo-da-Vinci-Straße und Schwanenallee 3 entsprechend Anlage 1a entschieden.

2. Die erste Änderung des Bebauungsplans Nr. 35-1 „Nördliche Berliner Vorstadt“, Teilbereiche Leonardo-da-Vinci-Straße und Schwanenallee 3 wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die dazugehörige Begründung wird gebilligt (s. Anlagen 2 und 3).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 3.3 Reserven für Bauflächen

Vorlage: 09/SVV/0953

Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP/FP

Herr Cornelius erläutert kurz die Absicht der Vorlage. Insbesondere solle auch für Investoren deutlich werden, an welcher Stelle eine Verdichtung möglich sei.

Herr Klipp verweist auf das Stadtentwicklungskonzept Wohnen und begrüßt ausdrücklich jede Unterstützung aus der Stadtverordnetenversammlung zur Schaffung von innerstädtischem Wohnraum. Daher betrachte er diese Vorlage als Bestätigung der entsprechenden Arbeit der Verwaltung.

Eine etwaige Ergänzung des Beschlusstextes wird erörtert. Ebenso wird erörtert, ob eine Information der gesamten Stadtverordnetenversammlung oder des beziehungsweise der Fachausschüsse vorzugswürdig sei.

Herr Teuteberg weist auf die Möglichkeit hin, die Information für die Stadtverordnetenversammlung im Fachausschuss ausführlicher darstellen zu können.

Herr Jäkel weist auf den geänderten Beschluss des Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung hin, wonach eine 1. Information in 2010 zu erfolgen habe. Die demgemäß ergänzte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Stadtverordnetenversammlung zu informieren, welche Straßen im Stadtgebiet, die vollständig erschlossen sind (Strom, Gas, Telefon, Trinkwasser, Abwasser) derzeit nur einseitig bebaut werden dürfen. Es ist auch darzustellen unter welchen Voraussetzungen eine Bebauung der zweiten Straßenseite möglich wäre.

Es wird um eine erste Berichterstattung im März 2010 gebeten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 3.4 Ökologischer Mietspiegel**Vorlage: 09/SVV/0956**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hüneke erläutert kurz die Vorlage und deren Zielsetzungen.

Neben der Unterstützung einer mittelfristigen energetischen Modernisierung ist auch eine Entlastung der Verbraucher (Mieter) gewollt.

Herr Kümmel weist auf die mögliche Gefahr einer Mietsteigerung hin, wenn die ökologischen Aspekte im Mietspiegel zum Standard werden.

Herr Böttche stellt eingehend die Ausgangslage, die unterschiedlichen Erwartungen betroffener Verbände, die Erfahrungen in Deutschland und die Bemühungen der Stadtverwaltung im Rahmen des Arbeitskreises Mietspiegel dar.

Ab 2010 muss der Mietspiegel den neuen Anforderungen des BGB genügen. Ein entsprechender Leitfaden des Bundes war für den Sommer 2009 angekündigt, wird aber auch bis Ende des Jahres nicht vorliegen.

Herr Böttche bittet angesichts der dargestellten unterschiedlichen Anforderungen um eine ergebnisoffene Vorgabe. Er weist auch auf die Bedeutung des Mietspiegels als verallgemeinerungsfähiges Instrument auf Grundlage des BGB hin. Ein etwaiger Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sollte sich daher nur in diesem Rahmen bewegen.

Frau Hüneke dankt für diese Ausführungen. Sie ändert nach weiteren Vorschlägen von Herrn Böttche die Vorlage in:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit der Mietspiegel durch einen ökologischen Teil ergänzt werden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Oktober 2010 zu berichten.“

Herr Kümmel spricht sich dagegen aus.

Her Pfrogner betrachtet die Zielstellung -Mietrecht oder Ökologie- als unklar und weist auf negative Erfahrungen anderer Städte hin.

Herr Dr. Seidel hält die Vorlage teilweise für ungeeignet, da nicht die einzelne konkrete Wohnung der Bezugspunkt sei.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit der Mietspiegel durch einen ökologischen Teil ergänzt werden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Oktober 2010 zu berichten.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 3.5 Sanierung Ribbeckeck

Vorlage: 09/SVV/0957

Fraktion FDP/Familien-Partei

Herr Teuteberg bringt die Vorlage ein und erläutert sie kurz.

Herr Goetzmann stellt dar, dass hier eine Werbung nicht in Übereinstimmung mit der Werbesatzung steht. Dies wäre im konkreten Fall nur temporär auf Baugerüsten zulässig.

Nach einigen Nachfragen und Äußerungen dazu ändert Herr Teuteberg die Vorlage.

Dieser geänderte Text wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit dem Kommunalen Immobilien Service (KIS) dahingehend zu führen, dass der Eigentümer des Krongutes die Sanierungsleistungen am Gebäude des Jugendclubs Ribbeckeck unterstützen kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 3.6 Planungsrechtliche Einordnung Archiv

Vorlage: 09/SVV/0959

Fraktion DIE LINKE

Herr Klipp begründet seine bereits in der Stadtverordnetenversammlung erwähnten Bedenken, das Bauplanungsrecht als Mittel zum Zweck der Sicherung eines bestimmten Betreibers oder deren Nutzung einsetzen zu wollen.

Er benennt als die zu lösenden Probleme den baulichen Zustand und den Brandschutz. Außerdem weist er auf den Lärm als Konflikt beziehungsweise Konfliktpotential hin. Dies dürfte mit der Entwicklung der Speicherstadt eher zunehmen. Daher müsse das Ziel darin bestehen, die absehbaren Konflikte zu lösen.

Daraufhin zieht Herr Kärsten (Archiv e.V.) seinen Antrag auf Rederecht zurück.

Herr Kümmel verweist auf die Behandlung im Finanzausschuss. Zudem sei das Archiv zu berücksichtigen, da der Aufstellungsbeschluss aus den 90-er Jahren stamme, also aus einer Zeit, als das Archiv dort noch nicht existierte. Er schlägt daher die schon im Finanzausschuss erfolgte Änderung –Streichung „planungsrechtlich“ und Ersatz „festzuschreiben“ durch „zu berücksichtigen“- vor.

Herr Pfrogner äußert gewisse Bedenken an den Ausführungen von Herrn Klipp, da eine Konfliktklärung auch in einem Bebauungsplan erfolgen könne und dieser Festsetzungen zur Art der Nutzung beinhalte. Außerdem nennt er die Gefahr der Verdrängung der Subkultur, welcher zu begegnen sei.

Herr Kutzmutz knüpft daran an und äußert die Vermutung, oberhalb des Brauhausberges eine Gaststätte planungsrechtlich festzuschreiben. Dies sei offenbar zulässig.

Herr Goetzmann entgegnet darauf, dass ein Bebauungsplan sowohl der Berücksichtigung des Bestandes eines betroffenen Gebietes als auch der Bewältigung von Konflikten dienen kann. Durch einen Bebauungsplan kann nicht ein bestimmter Nutzer vorgesehen werden, aber eine bestimmte Nutzung als zulässig festgeschrieben werden. Allerdings ist die Zulässigkeit des Archiv gerade nicht der Kern des vorliegenden Antrages.

Herr Kutzmutz ändert die Vorlage. Diese geänderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den jetzigen Standort des Archivs ~~planungsrechtlich~~ im noch zu erarbeitenden B-Plan für den Fuß des Brauhausberges ~~festzuschreiben~~ **zu berücksichtigen**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 0

zu 3.7 Wettbewerbe für Planungen und Bauvorhaben in der Auftraggeberschaft der Landeshauptstadt Potsdam (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0746
Fraktion DIE LINKE

Herr Pfrogner erläutert kurz den geänderten Antrag (wurde vor der Sitzung von ihm ausgereicht), welcher auch ein Ergebnis der Diskussion in der Ausschusssitzung vom 10. Nov. 2009 sei. Die Änderungen sind durch Unterstreichung kenntlich gemacht.

Herr Seidel weist auf die lange Diskussion hin und empfiehlt eine getrennte Abstimmung von „(1)“ und der übrigen Punkte. Dabei lehnt er „(2)“ ab und „(3)“ sollte als Protokollvermerk aufgenommen werden; „(4)“ hält er für entbehrlich, stimmt bei einer Änderung von „obliegt“ in „soll in Abstimmung mit (den fachlich zuständigen Gremien der Stadtverordnetenversammlung) oder der kommunalen Unternehmen erfolgen“, aber zu.

Herr Pfrogner und Herr Kutzmutz greifen diese Anregungen auf und ändern den Antrag. Der geänderte Antrag wird zu Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

(1) Der Oberbürgermeister soll dafür Sorge tragen, dass jährlich nach einer Auswahl von Vorhaben durch die fachlich zuständigen Gremien der Stadtverordnetenversammlung bzw. durch die jeweiligen Aufsichtsräte der kommunalen Unternehmen und soweit erforderlich, unter der Voraussetzung eines haushaltsbegleitenden Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung für Planungen und Bauvorhaben in der Auftraggeberschaft der Landeshauptstadt Potsdam sowie der kommunalen Unternehmen der Landeshauptstadt Potsdam, sowohl Neuplanungen als auch Planungen im Bestand betreffend, in den Aufgabenfeldern

- a) Städtebau, Stadtplanung, Stadtentwicklung
- b) Landschafts- und Freiraumplanung
- c) Planung von Gebäuden und Innenräumen
- d) Planung von Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen

jeweils ein Planungs- bzw. Architekturwettbewerb nach den ab dem 01. Januar 2009 bundesweit eingeführten Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) in der aktuellen Fassung durchgeführt wird.

(2) Die Wahl der in § 3 RPW aufgeführten Wettbewerbsarten und -verfahren sollte in Abstimmung mit den fachlich zuständigen Gremien der Stadtverordnetenversammlung bzw. der kommunalen Unternehmen erfolgen.

Es wird folgende Protokollerklärung aufgenommen:

Mit Ausnahme von offenen Wettbewerben gemäß § 3 Abs.1 RPW sind für die, das Territorium der Landeshauptstadt berührenden Wettbewerbe mindestens ein

Drittel der Teilnehmer aus kleineren Büroorganisationen sowie Berufsanfänger einzubeziehen. Bei der Auswahl der Teilnehmer dürfen quantitative Kriterien nicht ausschlaggebend sein. Entscheidend ist die Gewähr einer qualifizierten Ideenfindung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 3.8 Baustandards (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0680

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Auf die nächste Ausschusssitzung am 15.12.2009 verschoben.

zu 3.9 Spielplätze in Potsdam

Vorlage: 09/SVV/0723

Fraktion FDP/Familien-Partei

Herr Teuteberg bringt die Vorlage ein.

Er berichtet von einer eigenen Untersuchung seiner Fraktion, wonach es 132 Spielplätze gebe, welche aber ungleich im Stadtgebiet verteilt seien. Der empfohlene Maßstab von 1 qm Spielplatzfläche pro Einwohner werde übertroffen (1,1 qm). Als Maßstab für das systematische Konzept benennt er auch Größe und Zustand der Spielplätze.

Herr Kümmel äußert Verständnis für das Anliegen und weist im übrigen auf die auch durch Fördermittel erreichte gute Ausstattung in anderen Stadtteilen, z.B. Stern, hin. Er benennt die Spielplatzsatzung von 2006 und die daraus folgende Pflicht der Wohnungsanbieter, Spielplätze zu schaffen. Er fragt, ob die dort in § 6 geregelte Möglichkeit eines nachträglichen Herstellungsverlangens jemals zur Anwendung gekommen sei.

Herr Klipp geht auf die erklärte Familienfreundlichkeit der Landeshauptstadt Potsdam ein und bittet um ein differenziertes Bild. Ein Nachholbedarf ist z.B. in Babelsberg Süd festzustellen. Er ruft dazu auf, Geld für Grundstücksankäufe in den Haushalten einzustellen. Er weist auf ein prämiertes Beispiel aus Berlin-Prenzlauer Berg hin; diese Sicherung kleiner Flächen in dicht bebauten Gebieten erfordere jedoch einen Kampf.

Herr Klipp weist auf den Haushalt hin, wonach nur 50.000,- € für die Pflege und den Erhalt aller Spielplätze in Potsdam vorgesehen seien. Angesichts dessen sei es ohne Sinn, neue Spielplätze zu bauen oder ein Konzept dafür zu verfassen.

Herr Goetzmann verneint die von Herrn Kümmel gestellte Frage. Es hätte einen Fall gegeben, in welchem nach eingehender Prüfung von dem Herstellungsverlangen abgesehen wurde. Denn die Anforderungen der Verhältnismäßigkeit seien sehr hoch.

Herr Pfrogner weist auf die Mängel für schulpflichtige Kinder und Heranwachsende hin. Er bittet um Konkretisierung der Darstellung nach Altersgruppen und schlägt eine Änderung in eine Mitteilungsvorlage vor.

Herr Cornelius weist darauf hin, dass neben der Feststellung von Bestand und Notwendigkeit auch die Umsetzung samt Anforderungen des Haushaltsplans, d.h. finanzielle Auswirkungen, zu berücksichtigen ist.

Herr Kümmel dankt für diesen Hinweis und teilt mit, dass diese Vorlage im Finanzausschuss derzeit zurückgestellt sei. Er verlangt, einen Bedarf transparent zu machen.

Herr Klipp ruft dazu auf, Geld für Spielplätze statt für ein Konzept einzusetzen. Er weist darauf hin, dass ein Konzept (derzeit) nicht umgesetzt werden könnte.

Herr Teuteberg dankt für die Hinweise und stellt fest, dass über das Ziel offenbar Einigkeit bestehe. Er bittet um eine grundsätzliche Entscheidung und schlägt eine Änderung der Vorlage -„und bis 2015 umgesetzt“ wird gestrichen- vor.

Herr Seidel schlägt vor, die Vorlage zurückzustellen. Er unterstützt ausdrücklich die Ausführungen von Herrn Klipp.

Herr Kutzmutz weist auf die Möglichkeit der Zurückstellung und anschließender Einbringung als „neu“ hin. Eine Konzepterarbeitung betrachtet auch er als ohne Sinn.

Herr Teuteberg kündigt die Beratung in seiner Fraktion an und stellt die Vorlage zurück.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 BE Straßenbau Konjunkturprogramm II Mangerstraße und Charlottenstraße (entsprechend Bitte aus dem SB-Ausschuss 27.10.2009)

FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Woiwode stellt die Planung der Mangerstraße und deren Zusammenhang ausführlich mittels einer Präsentation dar.

Sie weist auf die Forderungen des Konjunkturpaktes II (insb. § 3 Abs. 2 Nr. 2d) ZulnvG) hin, wonach kommunaler Straßenbau hier nur vor dem Hintergrund der Lärminderung möglich ist. Allerdings können zusätzlich auch Anforderungen des Radverkehrs

umgesetzt werden, die Belange Behinderter berücksichtigt und das Regenwassereinleitungsproblem im Heiligen See gelöst werden. Sie stellt die unterschiedliche Lärmemission der verschiedenen Beläge dar. Die Lage vor Ort und die zahlreichen Defizite verdeutlicht sie in der Präsentation durch Bilder. Auf die erste Pflasteruntersuchung in 2003 und die vertiefende Untersuchung im Februar 2007 geht sie ein.

Frau Woiwode legt dar, dass eine Verlegung der Bordsteinkante zum Schutz sämtlicher Bäume mit einer Reduzierung von 35 cm pro Seite verbunden sei. Daraus würde bei beiderseits parkenden Autos die Mindestbreite der BbgBO von 3 m für Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge auf 2,80 m unterschritten. Deshalb müsste Bordregulierung und Ausbildung von Baumscheiben erfolgen.

Frau Fienhold Sheen nimmt ihr Rederecht wahr. Sie weist darauf hin, dass mehrere Anwohner (Mieter und Eigentümer) der Mangerstraße anwesend seien und sie deren gesammelte Erörterung/ Reaktion der letzten beiden Wochen wiedergebe.

Es bestehe kein allgemeines Gefühl der Unzufriedenheit mit den Straßenverhältnissen in der Mangerstraße. Vielmehr würden einige wegen und nicht trotz der Straßenverhältnisse (gerne) dort wohnen.

Tempo 30 werde auch jetzt nicht eingehalten. Dies sei auch angesichts des Kindergartens in der Seestraße von Bedeutung. Die Straße würde verbotswidrig von Schwerlastverkehr und Reisebussen genutzt werden. Dies würde teilweise Schäden an parkenden Autos verursachen und Abschleppen erforderlich machen. Zu hoher Lärm könne nur in einem Teilbereich nachvollzogen werden.

Sie bemängelt die unzureichende Information seitens der Stadtverwaltung und dankt daher der Presse. Das Zusammentragen der Einzelheiten sei nur mit Mühe möglich gewesen. Offenbar sei nun eine entweder- oder- Situation -entweder KP II Mittel oder eigene Zahlungspflicht der Anwohner gemäß KAG-, mit einem entsprechenden Druck hergestellt worden.

Daher bittet sie, keinen Beschluss zu fassen, ausreichende Information sicherzustellen und keine Entscheidung über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu treffen.

Herr Klipp bedauert, dass er durch die Anwohner nicht seit der letzten Ausschusssitzung direkt angesprochen wurde. Dann wäre eine ausreichende Information sichergestellt worden. Eine Information der Anwohner sei ebenso wie deren Votum gewollt und gesetzlich vorgeschrieben. Eine Zahlungspflicht gemäß KAG bestehe trotz der KP II Mittel, da es sich um eine grundlegende Sanierung handle.

Die Anmeldung zum KP II sei bereits im Sommer erfolgt, mithin vor seinem Amtsantritt im September. Dies mache deutlich, dass es hier nicht um ihn gehe. Ziel des KP II sei aber nicht der Erhalt historischer Straßen, sondern Lärminderung. Die bisherigen Anläufe in den vergangenen Jahren, im Haushaltsplan Mittel für die Instandsetzung der Mangerstraße bereitzustellen, seien nicht erfolgreich gewesen.

Er stellt klar, dass hier in dem konkreten Fall unter den Bedingungen des KP II kein wesentlich anderer Ausbau der Mangerstraße möglich sei.

Frau Hüneke weist auf die doppelte Beschlusslage in Form einer Denkmalbereichssatzung (Berliner Vorstadt) und den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Erhalt von Natursteinpflaster hin. Sie legt näher dar, dass deren Anwendbarkeit hier gegeben sei. Die zahlreiche Abwechslung von Materialien in der Mangerstraße sei maßgeblich für deren historischen Wert.

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum KP II sei auf Grundlage

einer Tischvorlage erfolgt. Sie habe noch während dieser Sitzung versucht, im FB Grün- und Verkehrsflächen (Tiefbauamt) eine Aussage zu den Auswirkungen auf die Mangerstraße als Pflasterstraße zu erhalten. Dies sei erfolglos gewesen. Daher habe sie zugestimmt.

Die bisherigen Erfahrungen beim Umbau von Pflasterstraßen, z.B. in Babelsberg, seien mit dem Verlust des eigentlichen Straßenbildes verbunden gewesen.

Die für die KAG-Pflicht entscheidende Frage, ob ein grundhafter Ausbau der Mangerstraße erforderlich sei, verneine sie.

Herr Klipp weist den Vorwurf zurück, die Planung stelle einen Verstoß gegen die Denkmalbereichssatzung oder den Beschluss zum Erhalt von Natursteinpflaster dar.

Insbesondere sei die Materialität der Mangerstraße nicht vom sachlichen Geltungsbereich der Denkmalbereichssatzung umfasst und auch der Beschluss zum Erhalt der Pflasterstraßen beinhalte nur einen „weitgehenden“ Erhalt. Diese Planung mit Pflaster in den Gehwegen und Randstreifen der Straße sei der weitgehendst mögliche Erhalt von Pflaster auf der Grundlage des KP II.

Herr Kümmel fragt u.a., ob es nicht andere lärmbelastete Straßen in Potsdam gebe.

Herr Teuteberg hält die vorgesehene Asphaltdecke für verwunderlich. Nach seiner Einschätzung sei die Beschlusslage eindeutig und schließe eine Asphaltdecke aus. Ziel dieser Beschlüsse sollte doch gerade sein, Einzelfalldiskussionen auszuschließen und eine Grundlage für das Verwaltungshandeln zu sein. Er erwarte die Einhaltung dieser Beschlüsse.

Zudem weist er auf die Tendenz hin, mögliche Subventionen in Anspruch zu nehmen, auch wenn die Ausgabe nicht sinnvoll sei. Gegebenenfalls sollten die KP II Mittel nicht in Anspruch genommen werden, dies würde auch den Steuerzahlern zugute kommen.

Unter Erwähnung des Lärmaktionsplans hält er den Einsatz anderer Stelle für sinnvoller.

Herr Jäkel dankt der Verwaltung für die Präsentation und die Bereitschaft zur Erörterung.

Er hält die Fällung der zahlreichen Bäume für problematisch, den Ersatz durch Asphalt für schlecht und weist auf die gewachsene Stadtlandschaft hin.

Entscheidend sei die mehrheitliche Meinung der Anwohner und deren Information daher wichtig. Gegebenenfalls sei deshalb der jetzige Zustand der Mangerstraße so zu belassen.

Herr Kühnemann teilt die Einschätzung, dass der Ablauf des Abwassers in den Heiligen See ein Problem darstelle. Die jetzt erfolgte Verknüpfung mit oder Umdeutung in Lärminderung betrachte er als problematisch.

Frau Wendeler weist auf eine Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Historische Städte zum Fahrradverkehr in 2009 hin. Dort wurde das Kleinpflaster gelobt, auch für den „Alltagsverkehr“. Der „touristische Verkehr“ sei auch bereit, schlechtere Zustände in Kauf zu nehmen.

Herr Cornelius fordert, die Planung nicht zu stoppen. Die Verwaltung wollte den Ausschuss nur informieren. Eine Beteiligung der Anwohner stand nie außer Frage. Der Ausschuss würde dem Votum der Anwohner wohl folgen..

Frau Hüneke schlägt vor, die Anwohner erst nach einem Votum des Ausschusses zu beteiligen. Ein grundlegender Ausbau mag in anderen Fällen notwendig sein, aber nicht bei der Mangerstraße.

Herr Teuteberg bittet um die Vorstellung von Planungsalternativen. Er verweist auf eine kleine Anfrage aus Mai 2009 zum KP II. Nach deren Antwort, sollten die Anwohner im Oktober informiert werden und dabei Planungsvarianten aufgezeigt werden. Er bittet, in Zukunft Varianten vorzuschlagen.

Herr Klipp bedauert, dass hier keine andere Variante in Betracht kommt, dies liege in den Vorgaben des KP II begründet. Unter anderen Voraussetzungen sei durch die Verwaltung auch eine andere Planung vorgelegt worden. Die KP II Mittel seien aufgrund der Antragstellung und des Beschlusses nicht anders einsetzbar und auch nicht auf andere Straßen zu verlagern.

Er weist darauf hin, dass die im Haushalt eingestellten Mittel für die Straßeninstandhaltung (13 ct/ qm Straße) deutlich unter der Empfehlung des Deutschen Städtetages (80 ct/ qm Straße) liegen und ein Ausbau der Mangerstr. In den nächsten Jahren ohne KP II illusorisch sei.

Herr Kutzmutz weist darauf hin, dass ein Beschluss des Ausschusses nicht nötig sei. Die Meinung der Anwohner sei wichtig. Bis zu einer entsprechenden Veranstaltung solle kein Beschluss gefasst werden.

Herr Klipp sagt eine erneute Prüfung in der Verwaltung zu, ob eine Teilung bzw. Reduzierung des Ausbaus d.h. im Abschnitt Behlertstraße bis Otto-Nagel-Straße möglich sei. Dafür sei eine Absprache mit dem Fördermittelgeber erforderlich.

Frau Woiwode stellt die Planung der Charlottenstraße und deren Zusammenhang kurz mittels einer Präsentation dar. Der Lageplan wurde gegenüber der im Nachgang zur 18. Sitzung ausgereichten Fassung um die umzuverlegende Regenwasserleitung ergänzt.

Frau Woiwode beantwortet Fragen zur Planung.

Frau Hüneke schlägt vor, im Fachausschuss eine Arbeitsgruppe zum Natursteinpflaster zu bilden, um Vorprüfungen und Detailabsprachen bewältigen zu können.

Herr Seidel lehnt diesen Vorschlag hier, aber nicht generell, ab. Hier sei der Bestand der Charlottenstraße schon sehr gestört und zudem habe die Zufahrt/der Zugang zum Klinikum Priorität.

Herr Klipp bittet um Zustimmung zu den Grundzügen der Planung.

Herr Seidel beantragt zur Geschäftsordnung, den Vorschlag einer Arbeitsgruppe zurückzustellen.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen stimmt den Grundzügen der Planung der Charlottenstraße zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 4.2 Leitbauten Potsdamer Mitte - Informationen zu den 4 Teilprojekten
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Auf die nächste Ausschusssitzung am 15.12.2009 verschoben.

zu 4.3 Verkehrsverhältnisse Brauhausberg und Leipziger Straße - 3. Berichterstattung gemäß Beschluss STVV 08/SVV/0921
FB Stadtplanung und Bauordnung

Auf die nächste Ausschusssitzung am 15.12.2009 verschoben.

zu 4.4 Vorstellung der Abstimmungsergebnisse zum Funktionsgebäude Weiße Flotte gem. Beschluss STVV 09/SVV/0744
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Auf die nächste Ausschusssitzung am 15.12.2009 verschoben.

zu 4.5 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 29.10.2009 bis 11.11.2009 und ggf. Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom 10.11.2009.

Auf die nächste Ausschusssitzung am 15.12.2009 verschoben.

zu 4.6 Bericht zum Stand der Umsetzung des Städtebaulichen Wettbewerbs "Nuthewinkel" im Rahmen des Verfahrens zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 "Horstweg Süd" (entsprechend Zusage aus dem SB-Ausschuss 27.10.2009)
FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann berichtet anhand einer Präsentation. Darin legt er insbesondere den Entwurf des seinerzeitigen Wettbewerbssieger eines städtebaulichen Konzepts dar.

Dieser Entwurf sei in einem Bereich bei der Jury auf Kritik gestoßen. Zudem sei bereits in der frühzeitigen Bürgerbeteiligung eine weitere Abweichung zum prämierten Entwurf erfolgt; nämlich insbesondere statt Flachdach eine Dachneigung vorzusehen.

Es bestehe die Notwendigkeit, auf gewisse Forderungen zur Vermarktung einzugehen. Zumindest die grundlegenden Aussagen des Wettbewerbsergebnisses müssten jedoch erhalten bleiben.

Der aktuelle Vorschlag der Erwerberin trage dem nach Auffassung der Verwaltung nicht Rechnung. Die Durchgängigkeit sei verloren gegangen und die Haustypen zu zahlreich geworden.

Frau Schenke (NCC Deutschland GmbH, die Erwerberin) nimmt ihr Rederecht wahr. Sie weist auf die seit Anfang 2008 andauernden Gespräche mit der Verwaltung hin und betont insofern den Willen der Eigentümerin, zu einer Lösung zu kommen. Die Gespräche seien derzeit jedoch zum Erliegen gekommen. Die Satteldächer seien energieeffizienter, auch angesichts der Möglichkeit von Solaranlagen. Die Haustypen wurden extra entworfen, um den Nutzern mehr Möglichkeiten bieten zu können.

Herr Seidel weist auf den städtebaulichen Wettbewerb und dessen Bedeutung hin. Bei den Dachformen beziehungsweise Dachneigungen sieht er Spielraum. Er hofft auf eine Lösung und deren Umsetzung.

Herr Jäkel spricht sich für eine Dachneigung von 45° aus. Er fordert eine bessere Sortierung, wobei die Aufreihung des Wettbewerbssiegers zu weit gehe.

Herr Pfrogner schätzt die Klarheit der Struktur des Wettbewerbssiegers als wesentlich für die Qualität ein. Daher fordert er den Investor auf, der Verwaltung entgegenzukommen. Das Mehr an städtebaulicher Qualität sei möglicherweise auch für den Investor von Nutzen.

Herr Goetzmann betont die Gesprächsbereitschaft der Verwaltung.

Herr Dr. Seidel bittet um einen Sachstandsbericht bis Ende März.

zu 4.7 BE Radwegführung am Neuen Garten (vor dem Mittelabschnitt des "Treffpunkt Freizeit")

FB Stadtplanung und Bauordnung

Auf die nächste Ausschusssitzung am 15.12.2009 verschoben.

zu 4.8 Vorstellung des Gesamtprojektes Luftschiffhafen (entspr. Bitte aus dem SB-Ausschuss 27.10.2009)

PRO Potsdam

Herr Müller Zinsius stellt mit Herrn Klemund das Gesamtobjekt Luftschiffhafen innerhalb der Stadtstruktur sowie in seinem Bestand und seiner (beabsichtigten) Entwicklung in einer Präsentation dar.

Ein fertiges Konzept bestehe noch nicht. Derzeit bilde der Bereich oberhalb des historischen Regattahauses den Schwerpunkt. Ein Masterplan mit den zu beteiligenden Personen/ Institutionen und den Bereichen Erschließung, Nutzung

und Neubauoptionen sei in Arbeit.

Das Ziel 146 Wohnheimplätze zu schaffen, müsse sinnvoller Weise zum Schuljahresbeginn erreicht bzw. fertiggestellt werden. Die Einreichung eines Bauantrages sei kurzfristig möglich.

Der Bauherr PRO Potsdam folge genau den Vorgaben des Auftraggebers Landeshauptstadt Potsdam.

Der Zustand der Villa Carlshagen mache ein Betreten unmöglich. Daher sei lediglich die Sicherung der Fassade und von Teilen des Daches beabsichtigt. Perspektivisch müsse hier auch über eine bauliche Erweiterung nachgedacht werden.

Zum 14-stöckigen Hochhaus werden im Rahmen der Präsentation Bilder vom Standort Zeppelinstraße aus gezeigt.

Herr Dr. Seidel weist auf den Anlass der Vorstellung, nämlich die Einordnung der Planung bezüglich des Wohnheims hin.

zu 5 Sonstiges